

XXIV. GP.-NR

9940 /J

## ANFRAGE

18. Nov. 2011

Des Abgeordneten Wolfgang Zanger  
und weiterer Abgeordneter  
an den Bundeskanzler  
betreffend rechtlicher Mängel von Managerbezügen der ORF-Enterprise GmbH

Im Rahmen des Rechnungshofberichtes 2011/07 "Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen", werden fehlende gesetzliche Vereinbarungen in der ORF-Enterprise GmbH aufgezeigt.

Im diesem Rechnungshofbericht wird erwähnt, dass die ORF-Enterprise GmbH bei der Gestaltung des Managervertrags in Teilbereichen von den Bestimmungen der Vertragsschablonenverordnung des Bundes abwich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler, folgende

**Anfrage:**

1. Warum wich die ORF-Enterprise GmbH bei der Gestaltung des Managervertrags von den Bestimmungen des Bundes ab?
2. Warum wurden die Grundsätze der Corporate Governance betreffend Offenlegung und Transparenz nicht umgesetzt?
3. Warum war das Anstellungsverhältnis nicht auf längstens fünf Jahre befristet?
4. Warum waren Sitzungsgelder von der Abführung an die ORF-Enterprise GmbH ausgenommen?



Asch

18/11

HBRP